

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal, Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwochs-Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis monatlich für Abnehmer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M. durch die Post 1,55 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Pettzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Zeile 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. — Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für größere und unendlich gedruckte oder durch Fernsprecher aufgenommene Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Laubend, zuzüglich Postgebühr; Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 69 Dienstag, den 14. Juni 1932 34. Jahrg

Kanzlerrede bei den Landwirten

Die Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Beclin, 12. Juni.
An der Volleröffnung des Deutschen Landwirtschaftsrats sprach das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Regierungsrat Dr. Dr. K. u. f. h. e. über das Thema: „60 Jahre Deutscher Landwirtschaftsrat“. Der Präsident des Landwirtschaftsrats, Dr. Brandes, behandelte Gesamtaufgaben deutscher Landwirtschaftspolitik. Entwicklung des Binnenmarktes sei heute das beste Arbeitsbeschaffungsprogramm. Durch Erzeugung von Nahrungsmitteln könnten Einfuhren im Werte von 1,1 Milliarden ersetzt werden. Durch Vermehrung der Einfuhr von im Inlande herstellbaren Anbaufruchtzeugnissen ließen sich weitere 1,4 Milliarden ersparen. Dazu kämen Ertragssteigerungsmaßnahmen in Höhe von 800 Millionen durch Eigenzeugung bei Getreidemehl, Getreidepflanzen usw. Insgesamt könnten also etwa 3,5 Milliarden erspart werden. Auch wenn durch diese Maßnahmen unsere Einfuhr um eine Milliarde zurückgehen würde, würde immerhin für zwei Milliarden Markt mehr Arbeitsgelegenheit in Deutschland vorhanden sein. Sichtlich der Erzielung müsse vor der Annahme gemacht werden, als ob bei den letzten Wirtschaftskrisen nicht große Menschenmassen auf dem Lande mit der erforderlichen Lebensmöglichkeit untergebracht werden könnten.

Reichstanzler von Dapen:

An einer der entscheidendsten Stunden der Nachkriegszeit hat der Herr Reichstanzler nicht zu dem neuen Amt berufen, und ich lege Wert darauf, zu betonen, daß die Bildung der Regierung wenig zu tun hat mit dem gewöhnlichen üblichen Wechsel parlamentarischer Kabinette, sondern daß es sich hier um die Dokumentierung einer grundsätzlichen neuen Richtung der Staatsführung selbstverständlich im Rahmen der Reichsverfassung handelt. Die überhöhte geistige und materielle Lage des deutschen Volkes verlangt eine Loslösung der Regierungsführung aus dem feststehenden parteipolitischen Denken und parteipolitischen Doktrinen. Sie verlangt eine Zusammenfassung aller Kräfte zur Wiedergeburt Deutschlands.

Die Gesamtlage, welche die Regierung vorfindet, — das ist, ich stelle es ausdrücklich fest, nicht die Schuld der letzten Regierung, die bemüht gewesen ist, eine klare Bilanz zu ziehen — ist auf allen Gebieten fast verwerflich. Die private Wirtschaft jeder Art, Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Handel, ist in einem Ausmaß gelähmt, dessen Furchtbarkeit noch nicht enkernt erkannt ist. Die Wiederherstellung aber der wirtschaftlichen, finanziellen und nicht zuletzt der politischen Ordnung erfordert von der neuen Regierung ein sofortiges Anpassen der grundlegenden Probleme, deren Lösung allen Volkstreuen zugleich, schwere persönliche Opfer, Entfahrungen und Entbehrungen auferlegen wird.

Diese Opfer sind nicht verzeubar, und sie können psychologisch nicht gefordert werden, wenn es nicht gelingt, die dem deutschen Volke innewohnende ungeheure moralische Kraft offensichtlich auf das eine große gemeinsame Ziel zu lenken: Die Wiedergewinnung der inneren und äußeren Freiheit und die Lebensmöglichkeit von Volk und Land. Demgemäß muß und wird das Ziel dieser Regierung sein.

eine neue, einseitige Willensbildung der Nation

herbeizuführen. Zu diesem Ende hat die Regierung zunächst von dem Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des deutschen Reichstages erbeten und erhalten. Sie ist der Ansicht, daß der neue Reichstag eine eindeutige Weisheit für die Politik geistig-sittlicher, nationaler und sozialer Grundlegung erbringen muß.

Eine der unerfassensten Arten, das Ziel der neuen Regierung zu verfehlen, ist die Unterstellung, daß ihre Faltung unlosbar sei.

Wir sind der Ansicht, daß es verdammt worden ist, den Aufbau eines rein staatlichen Beschützerschutzes seinem Umfange nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten anzupassen, die ein so verarmtes, wirtschaftlich darniederliegendes Land im Augenblick noch hat. Es ist aber auch ein grundlegendes Verstummen, daß der omnipotente, unpersonliche Staat an die Stelle der persönlichen Verpflichtung des Arbeitgebers treten könne.

Die Verantwortlichkeiten, die aus der gottgewollten organischen Regelung der Dinge erwachsen, müssen wieder aufgestellt, die Verbundenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder hergestellt werden. Gesetz hat angesichts der Größe und des Umfangs der Notlage anderes Verlangen an der Staat klare Verpflichtungen zu sozialer Gerechtigkeit und die Regierung wird als ihre verantwortliche Stelle, und erstellte Pflicht betrachtet, die dringenden Einrichtungen den notwendigen Volksgenossen auch über diese Art hinaus zu erhalten. Darüber hinaus aber sieht sie den besten Weg sozialer Fürsorge in dem Bestreben, alles zu tun, um durch einen organischen Umbau der Wirtschaft die Fehler des kapitalistischen Systems auszumergen und den Volksgenossen Arbeit und Brot zu verschaffen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat ist die Stelle, die aus den Erfahrungen „beschränkter“ landwirtschaftlicher Führer immer erneut Anreize für eine gezielte Agrarpolitik gegeben hat. Wir sind einzig mit ihm in der Auffassung, daß eine gesunde Landwirtschaft und die Liebe zur Scholle mit der der deutsche Bauer so eng verwachsen ist, die Vorbedingung nicht nur der materiellen Ernährung, sondern mehr noch der geistigen Erneuerung des Landes sind, weil nur aus diesem Ursprung der Verbundenheit mit Gott und seiner Schöpfung die neuen Kräfte wachsen können, deren die Nation heute bedarf. Eine gesunde Landwirtschaft aber ist auch ein bringendes nationales Erfordernis.

Einmal gilt es, das letzte herzugeben, um Deutschlands „einmütige Ernährungsbasis zu erhalten, darüber hinaus aber verlangt die Lage in den Grenzgebieten Maßnahmen, die der Stärkung des nationalen Selbstschutzes dienlich sind.

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Freiherr von Braun

betonte, daß die ganze Schwere der Verantwortung seines Amtes ihm durch das Bewußtsein erleichtert werde, daß sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts mit ihm die gleiche Einstellung der deutschen Landwirtschaft gegenüber hätten. Die Notlage in der Landwirtschaft sei allgemein. Nach der neuesten Verschuldungserhebung der Rentenbankkreditanstalt seien mehr als 12 Millionen Morgen landwirtschaftlicher Nutzfläche zu mehr als 100 v. H. des Einheitswertes verschuldet. Wesentlich für die Ursachen der Verlustwirtschaft in der ganzen Landwirtschaft sei die laufende Preisschere das Mißverhältnis zwischen den Erzeugungsstoffen und den Einnahmen.

Auf den Märkten für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse mache sich durchweg die Verarmung unserer Bevölkerung bemerkbar. Infolge Kaufkraftverminderung hätten wir zu vergleichen eine Bedarfsverminderung bei Weizen um mindestens 10 v. H., bei Weizen um etwa 10 v. H., bei Butter um 5 v. H., bei Zucker um 13 bis 18 v. H., bei Bier um 40 v. H. und bei Branntwein sogar um 75 v. H.

Der Minister ging jedoch auf das Problem der Autarkie ein und erklärte, daß selbstverständlich keine Rede davon sein könne, uns völlig von der Welt loszulösen. Die Verhältnisse hätten sich aber gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend verschoben. Früher sei der deutsche Export, der unseren Import finanzieren mußte, gern und willig in allen Ländern der Welt aufgenommen worden. Stattdessen fänden wir heute überall Autarkietendenzen, die Betonung des eigenen Binnenmarktes. Dieser Entwicklung könne sich auch Deutschland nicht entziehen.

Die Autarkie in diesem Sinne ist kein Ziel, sie ist Schicksal für die Landwirtschaft, welche die Entwicklung der Bevölkerung, das ihre zu tun, um die Ernährung des deutschen Volkes aus ihren eigenen Leistungen zu ermöglichen, da die immer knapper werdenden Devisen in erster Linie für die Einfuhr von Rohstoffen gebraucht würden.

Auf dem Getreidegebiet

müsse für eine auskömmliche Verwertung der kommenden Getreideernte durch das Zusammenwirken von handelspolitischen und finanzpolitischen Maßnahmen gefordert werden. In aller Kürze werde er auf dieses Gebiet die nötige Klarheit schaffen. Auf den Märkten der Veredelungsprodukte sei die Lage katastrophal. Die Regierung müsse daher der gesamten Veredelungsproduktion ihr besonderes Augenmerk schenken, da es sich hier um eine Existenzfrage für den deutschen Bauern handelt.

In der Kartoffelstrage

wird der erhöhten ledigen Verwertung, wobei der Minister auch die Treibstofffrage erwähnte, besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden sein.

Beim Zucker

müsse wenigstens dem verminderten Rübenanbau ein angemessener Preis gesichert bleiben. Die Förderung des Abfanges von Zuckerrübenmehl und die Gestaltung der Zuckerversteuerung seien hier das Problem.

Auf dem Gebiete des Gemüses, Obst- und Weinbaues sei eine Besserung der Lage nur durch Verringerung der bisherigen Handelsvertragspolitik und von der Einsicht der Verbraucher zu erwarten, die endlich einmal deutschen Erzeugnissen den Vortritt geben sollten. Schwere Sorge betrete der Reichsregierung die

Lage der deutschen Forst- und Holzwirtschaft. Hier sei dringende Abhilfe geboten.

In der Zinsfrage

habe er bereits vor Jahren auf die Gleichberechtigung dieser Frage mit der Frage der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse hingewiesen. Mit der Lösung nur eines dieser beiden Probleme sei der Landwirtschaft nicht geholfen. Er sei sich darüber im klaren, daß dieses Problem eines der schwierigsten überhaupt sei, es müsse aber unbedingt angepackt werden. Im Rahmen dieser allgemeinen Maßnahmen wird

die Hilsaktion für den Osten

in beschleunigtem Tempo fortgesetzt werden. Bezüglich der Siebung erklärte der Minister, daß die Anhebung deutscher Bauern im Osten aus nationalpolitischen, wirtschaftlichen und menschlichen Gründen als eine der dringendsten Aufgaben von Reich und Staat anhe. Voraussetzung sei aber, daß richtig geliebt werde. Er werde der Siebung seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Kerrl gegen Hirtspieser

Ein Schreiben des preussischen Landtagspräsidenten. Bei einem Briefempfang verlas der Präsident des Preussischen Landtages, Kerrl, folgendes Schreiben, das er an den geschäftsführenden preussischen Ministerpräsidenten Hirtspieser gerichtet hat:

„Zu meinem Befremden habe ich aus der Presse ersehen, daß Sie bei der Reichsregierung Verwahrung dagegen eingeleitet haben, daß sich der Herr Reichstanzler zur Förderung einer neuen Regierungsbildung in Preußen an mich als den dafür allein zuständigen Landtagspräsidenten gewandt hat. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß nach meiner Auffassung Ihr Schritt weder staatsrechtlich noch verfassungsmäßig irgendwie gerechtfertigt ist. Nach Richterst der preussischen Staatsregierung führt die nur noch geschäftsführende Ihr Amt weiter bis zur Wahl der neuen Regierung durch den Landtag. Das geschäftsführende Kabinett hat, obwohl der Landtag das Ercheinen der Kabinettsmitglieder durch wiederholte Beschlüsse verlangte, das Ercheinen abgelehnt mit der Begründung, daß es nur noch geschäftsführend tätig sei und alles Interesse daran habe, daß so schnell wie möglich eine neue Regierung durch den Landtag gewählt werde. Weiter ist der geschäftsführende Ministerpräsident, wie ich ebenfalls nur aus der Presse ersehen, abweisend, ohne daß man feststellen hat, wo er sich zurecht aufhält. Der geschäftsführende Ministerpräsident hat es nicht für nötig gehalten, mir irgendeine Nachricht über seine Abwesenheit zugehen zu lassen, obwohl nach den Gepflogenheiten und der Geschäftsordnung des Landtages eben der Land eines Abgeordneten bis zu einer Woche der Präsident und darüber hinaus der Landtag zu erteilen hat.“

Ihre mir durch die Presse bekanntgewordene Auffassung, daß der Reichstanzler sich der Vermittlung der preussischen Regierung hätte bedienen müssen, um an den Landtagspräsidenten heranzutreten, teile ich nicht. Ich würde sogar eine solche Vermittlung der heute geschäftsführenden Regierung in dieser Frage ohne weiteres aus staatsrechtlichen Gründen abgelehnt haben. Die Frage der Neubildung der Regierung ist ein Akt der Gesetzgebung, deren einzig berechtigter Vertreter zurecht ich bin. Ich habe daher den Reichstanzler von dieser meiner Auffassung Mitteilung gegeben und ihn gebeten, mit mir direkt weiterzuerhandeln, da ich jede Vermittlung durch die geschäftsführende Regierung um so mehr ablehne, als gerade die Parteien, die die Mitglieder der geschäftsführenden Regierung stellen, die Beschleunigung der Regierungsbildung durch die erneute Befestigung der Geschäftsordnungsänderung verkehrt haben.

Bei dieser Gelegenheit bitte ich Sie, mir den Aufenthalt des geschäftsführenden Ministerpräsidenten mitteilen zu wollen.

Da ich als der einzige legitimierte Vertreter des Dreierausschusses diesen einzuberufen beabsichtige.

NSDAP. fordert Aufhebung der Notverordnung

Von maßgebender nationalsozialistischer Seite wird erklart, daß auch die nationalsozialistische Fraktion im preussischen Landtag die Aufhebung der preussischen Notverordnung verlangen werde.

Da gleiche Anträge von den Deutschnationalen und den Kommunisten bereits gestellt worden sind, ist damit bereits eine Mehrheit für die Aufhebung der Notverordnung vorhanden. Zu der Frage, ob der Landtag berechtigt sei, die Notverordnung aufzuheben, hat Landtagspräsident Kerrl erklärt, daß er der Ansicht des Landtages nicht nachgeben wolle. Eine Klärung dieser Rechtsfrage werde wohl durch den Staatsgerichtshof nach erfolgen müssen.

Landtag am 15. Juni

Der Vorkenntnis des Preussischen Landtages beschloß, den Landtag am Mittwoch, den 15. Juni, zu konstituieren zu lassen. Auf die Tagesordnung werden gesetzt die Anträge auf Aufhebung der preussischen Notverordnung und der nationalsozialistische Anmeldegesetzentwurf. Ein deutsch-nationaler Antrag, die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung zu setzen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und des Zentrum abgelehnt. Der Landtag wird zunächst nur am 15. und 16. Juni tagen.

Dr. Braun in Berlin

Im Verlauf der zum Teil erregten Aussprache in der Sitzung des Reichstages nannte Abg. Heilmann (Eos.) die in dem Schreiben des Landtagspräsidenten an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Hirtspieser enthaltene Bemerkung über den Ministerpräsidenten Braun völlig unverständlich. Ministerpräsident Braun sei in Berlin und habe einen Urlaub als Abgeordneter weder erbeten noch angetreten. Präsident Kerrl erwiderte, er habe allerdings in der Presse gelesen, daß Ministerpräsident Braun einen Ur-

laub angetreten hätte, und er habe nicht gewußt, daß Braun in Berlin sei.

Abgeordneter Geinert (Sps.) wies den Präsidenten darauf hin, daß ein Beschluß des Landtags bestünde, wonach keine Stelle des Landtags das Recht habe, in direkten Verkehr mit der Reichsregierung zu treten; aller Verkehr zwischen Preußen und dem Reich habe nach diesem Beschluß über die preussische Regierung zu gehen.

Der Präsident Kerkel schloß die Vorkonferenzsitzung mit der Bemerkung, daß er auch nach der Aussprache an dem von ihm eingemommenen Standpunkt in allen Punkten festhalten müsse.

Paris, Lausanne und Genf

Die Abordnungen der Franzosen.

Paris, 11. Juni.

Am französischen Ministerrat gab Herriot dem Präsidenten der Republik und den Mitgliedern des Kabinetts einen ausführlichen Bericht über die sich ergebenden außenpolitischen Fragen und befaßte sich besonders im Hinblick auf die bevorstehende Begegnung mit den englischen Staatsmännern sowohl mit der Lausanner Konferenz wie mit der Genfer Abrüstungsfrage.

Die Abordnung für Lausanne setzt sich zusammen aus Ministerpräsident Herriot, Handelsminister Durant, Finanzminister Germain Martin, Unterrichtsminister im Außenministerium Baganon sowie einigen Finanz- und Handelsfachverständigen. Die Abordnung für die Abrüstungskonferenz wird gleichfalls von Herriot geführt, dem der Kriegsminister Paul-Boncour als Stellvertreter zur Seite steht. Weiter werden ihr u. a. angeordnet Luftfahrtminister Painlevé, Kolonialminister Sarrault, Marineminister Levesque.

Der Ministerrat hat ferner in seiner Sitzung die zu erledigenden Stellen zur Ausarbeitung eines Gesetzes über die bürgerlichen Rechte der Frauen ermächtigt; weiter soll eine politische Annettelvorlage ausgearbeitet werden.

Nach Abschluß der Sitzung erklärte Herriot den anwesenden Pressevertretern, daß die Verhandlungen mit Deutscher Seite einen günstigen Verlauf nehmen. Weiter erklärte er, daß sowohl die französischen wie die englischen Staatsmänner von dem besten Willen befeuert seien, während der Pariser Besprechungen zu einer Verständigung zu gelangen. Er werde die britischen Gäste voraussichtlich am Montag nach Genf begleiten.

Abrüstungs- und Tributfrage

Ein Plan zur Wiederingangshaltung der Abrüstungskonferenz. Genf, 12. Juni.

Vertrauliche Beratungen über die Weiterführung der Konferenzarbeiten haben in Kreisen der Abrüstungskonferenz stattgefunden. Man ist hierbei von der Feststellung ausgegangen, daß die Konferenz infolge der ergebnislosen Ausschüßarbeiten in eine Sackgasse geraten ist und daher neue grundsätzliche Entscheidungen notwendig sind, um die Konferenz wieder in Gang zu setzen. Die Verhandlungen im Hauptsaal sollen erst aufgenommen werden, wenn die Einzelberatungen ein Ergebnis erzielt haben.

Dieser Plan, über den zuerst noch verhandelt wird, ist zweifellos im Hinblick auf die Lausanner Konferenz gefaßt worden. Er bedeutet nämlich, daß die Großmächte während der Lausanner Konferenz neben der Reparationsfrage auch die Abrüstungsfrage behandeln werden. Man nimmt an, daß der Plan die Zustimmung der Großmächte finden wird. Das Schwerkgewicht der Abrüstungsverhandlungen wird damit automatisch von Genf nach Lausanne verlegt. Die Verbindung zwischen der Abrüstungs- und der Tributfrage wäre damit hergestellt.

Aus der Tatsache, daß MacDonald entgegen allen Erwartungen die Abreise nach Genf, noch vor der Lausanner Konferenz nach Genf zu kommen wird, in unterrichteten Kreisen darauf geschlossen, daß der englische Ministerpräsident mit einem neuen praktischen Vorschlag zur Abrüstungsfrage hervortreten wird, der jedoch bisher streng vertraulich behandelt wird.

Es verlautet ferner, daß die französische Regierung in den bevorstehenden Verhandlungen entscheidenden Wert auf die formale Anerkennung einer weiteren Zahlungspflicht Deutschlands legen wird. Herriot soll zu gewissen Zugeständnissen in der Abrüstungsfrage bereit sein, falls Lausanne grundsätzlich die Reparationsverpflichtung Deutschlands für einen späteren, noch nicht zu bestimmenden Zeitpunkt erklärt werde.

Neue englische Initiative

Nach Mitteilungen von englischer Seite beabsichtigen MacDonald und Simon von Paris aus am Montag früh oder am Montagabend in Genf einzutreffen, um an dem dann einleitenden Besprechungen über die Abrüstungsfrage teilzunehmen. Hingegen steht nach nicht fest, ob Herriot wie bisher beabsichtigt sich gemeinsam mit MacDonald nach Genf begeben wird. Man erwartet hier, daß bereits am Montag nach Lausanne sehr eingehende vertrauliche Beratungen innerhalb der Leitung der Abrüstungskonferenz stattfinden werden, die jedoch während der Lausanner Konferenz weiter fortgesetzt werden sollen.

Allgemein rechnet man mit einer neuen und weitgehenden Initiative der englischen Regierung sowohl in den Abrüstungs- als auch in den Reparationsfragen. Die Minister werden sich dann am Mittwochabend nach Genf nach Lausanne begeben. Die offizielle Eröffnung der Teilmultikonferenz ist vorläufig auf Donnerstagabendmittag festgesetzt.

Die Haltung der DVP.

Dingegeben für eine „einheitsliste national-bürgerliche Front“. Berlin, 11. Juni.

Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, gab auf verchiedene Anfragen eine Auskunft, in der es heißt: „Die Gerüchte, der Parteiführer der Deutschen Volkspartei sei entlassen, die Deutsche Volkspartei preisgegeben, sind durchaus tendenziös. Die schnell gefonnene Reichstagswahl zwingt dazu, mit allen Kräften den Verzicht auf die Deutsche Volkspartei in den Dienst einer geschlossenen Zusammenfassung stellen.“

Für dieses Ziel, wenn es wirklich erreicht werden sollte, würde ich selbstverständlich so wie das von den anderen Gruppen verlangt werden müßte, auf ein Sondervergehen und eine Sonderpolitik der Deutschen Volkspartei im Reichstagswahlkampf verzichten, vielmehr die gesamte Kraft der Deutschen Volkspartei in den Dienst einer geschlossenen Zusammenfassung stellen.

Das Volk muß vielmehr fühlen, daß Führer und Parteien bereit sind, mit neuer innerer Einstellung und ganzem Kampfwillen in geschlossener Einheit für die Geltung des Bürgerrechts, für den Gedanken der Volksgemeinschaft zu kämpfen.

Die Entschlüsse der Deutschen Volkspartei über ihr Verhalten hängen von dem, was das Ziel eines einheitlichen Vorgehens der nationalen Bürgerrechts erreicht wird. Sobald darüber Klarheit besteht, werden die berufenen Organe der Deutschen Volkspartei ihre endgültigen Beschlüsse für den Wahlkampf fassen.“

Frauen im Amt

Das Abfindungsgesetz für verheiratete weibliche Beamte. Berlin, 12. Juni.

Die Reichspost, die durch das Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten im wesentlichen betroffen ist, hat zu diesem Gesetz namentlich Anmerkungen gemacht. In diesen Bestimmungen wird gesagt: „Die sich aus dem Gesetz ergebenden Maßnahmen sind mit Berücksichtigung durchzuführen.“

Sämtliche verheirateten weiblichen Beamten sind sofort schriftlich zu befragen, ob sie einen Antrag auf Entlassung stellen. Bei weiblichen Beamten, die sich künftig verheiraten, hat dies unmittelbar nach der Eheschließung zu geschehen. Den weiblichen Beamten steht es unbenommen, schon vor der Verheiratung ihre Entlassung zu einem nach der Eheschließung liegenden Zeitpunkt nachzulassen.

Wird ein Antrag auf Entlassung nicht gestellt, so ist der weibliche Beamte zunächst zu einer Verheirung über seine wirtschaftlichen Verhältnisse, nach der Höhe des Familieneinkommens zu veranlassen.

Dem Antrag des verheirateten weiblichen Beamten auf Entlassung muß in jedem Fall entprochen werden.

Bei der Prüfung der Frage, ob nach der Höhe des Familieneinkommens die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten dauernd gesichert erscheint, wird u. a. in Betracht zu ziehen sein, ob sich der Ehemann in selbständiger Erwerbstätigkeit, in einem angelernten Beruf, in einer leitenden oder Arbeiterverhältnis befindet.

Alle Zeitungen u. Zeitschriften

lieferet frei Haus Richard Arnold, Buchhandlung

Deutscher Flottenbesuch in Stockholm

Begeisterter Empfang durch die Bevölkerung.

Stockholm, 12. Juni.

Die Fahrt des deutschen Kreuzers „Königsberg“ zusammen mit den Torpedobooten „Seeadler“, „Albatros“, „Falke“, „Rondor“ und „Möwe“ durch die schwedischen Schären fand bei der schwedischen Bevölkerung das größte Interesse, die die deutschen Schiffe herzlich begrüßte und den Besuch der deutschen Flottilla durch reichen Flaggenhuld begrüßte. Begleitet durch das schwedische Sommerwetter rief die Anwesenheit der Deutschen in Stockholm Festfreude hervor. Im Stockholmer Hafen waren große Menschenmengen in Bewegung, um den Empfangsfeierlichkeiten beizuwohnen und schon seit einigen Tagen lagen die beiden schwedischen Kreuzer „Gustav V.“ und „Königin Viktoria“, sowie die Torpedobote „Grennfjord“, „Nordenskiöld“ und „Glas Horn“ in Stockholmer Hafen.

Als die deutsche Flottilla die beiden schwedischen Kreuzer passierte, wurde Flaggensalut geschossen. Kurz darauf wurde die „Königsberg“ und die deutschen und schwedischen Schiffe wechselten Salutschüsse.

Nach der Beranuerung fanden die offiziellen Besuche statt. Am Laufe des Tages sind verschiedene Geleitsveranstaltungen vorgesehen. Die deutschen Offiziere sind zum Abend an Bord des „Gustav V.“ geladen, während am Morgen die Schwedische Seoffiziersgesellschaft ein Essen zu Ehren der deutschen Gäste gibt. Der deutsche Flottenbesuch in Stockholm ist bis Freitag kommender Woche vorgesehen.

Zur Änderung der Hauszinssteuer

Im Amtlichen Preussischen Presseblatt wird vom preussischen Ministerium für Volkswohlstand mitgeteilt: Die von der preussischen Staatsregierung beschlossene Änderung der Hauszinssteuerordnung befreit eine unbillige Auswirkung des bisherigen Rechtszustandes. Nach diesem erhielten Mieter von Altmwohnungen mit einem Einkommen von weniger als 100 Mark einen Mietszuschlag in Höhe des auf ihre Miets entfallenden Steuerbetrags, obwohl nicht sie, sondern der Hauseigentümer die Steuer schuldete. Darin bestand nicht nur eine Verletzung der Mieter von Altmwohnungen gegenüber Mietern in Neubauten, die bei gleichen persönlichen Verhältnissen eine betragsmäßig Vergünstigung nicht erhielten, sondern auch innerhalb der Mieter von Altmwohnungen gab es ungerechtfertigte Unterschiede. Personen, die in Altbauern mit geringer hypothekarischer Vortragsbelastung und folglich geringer Hauszinssteuerhuld zur Mietzahlung, erhielten eine geringere Vergünstigung. Aber das Haus gar nicht oder nur nicht ausreichende Auslandsforderungen, z. B. Schweizer Goldhypotheken, belastet. In trat eine Vergünstigung überhaupt nicht ein. Nach der durch die Notverordnung getroffenen Änderung der Hauszinssteuerordnung ist für alle Mieter die gleiche Rechtsgrundlage geschaffen. Sowohl die Mieter von Altmwohnungen, als auch die von Neubautenwohnungen werden durch die Bezirksfürsorgeverbände zu richten haben, wenn sie ohne Gefährdung ihres notwendigen Lebensbedarfs die Miets nicht aufbringen können. Die Anträge auf Mietbefreiung sind nach den für die Fürsorge geltenden Grundregeln zu prüfen. Wenn auch hiernach nicht allen bisher begünstigten Ertrag für die bisherigen Vorteile gewährt werden kann, wird sich doch nach Überwindung von Übergangsunterschieden zeigen, daß die Neuregelung gerechter und bei einer Besserung der Finanzlage auch geeigneter ist, insbesondere Mietern, gleichviel ob sie in Alt- oder Neubauten wohnen, gleich wirksam zu helfen. Die Bezirksfürsorgeverbände erhalten für die zu gewährenden Mietbefreiungen aus dem durch den Fürsorgeerwerb erhobenen Steuerertrag. Überweisungen in Höhe von 100 Millionen können jährlich. Soweit Hauseigentümer für die von ihnen selbst bemohnte Wohnung keine vorübergehende oder dauernder wirtschaftlicher Notlage die Steuer nicht zahlen können, bleibt es bei der bisherigen Regelung. Da sie selbst die Steuerhändler sind, haben sie sich wie bisher an die Steuerbehörden wegen Stundung und Niederlagung zu wenden.“

Dr. Geib zurückgetreten

Berlin, 11. Juni.

Der Staatssekretär im Reichsarchivministerium Dr. Geib ist auf seinen Antrag hin zur Disposition gestellt worden. Der Reichspräsident hat ihm für seine wertvollen und treuen Dienste in seiner Zeit in einem besonderen Schreiben gedankt. Sein Name werde mit der Geschichte der deutschen Sozialpolitik dauernd ehrenvoll verknüpft bleiben.

Jagd nach Menschen

ROMAN VON HANNS HEIDSTECK

(40. Fortsetzung.)

Auf dem in anderen Tisch standen zwei Gläser, eins für ihn, eins für Fräulein Rita, die eben einmal zum Bedienen verschwand war und mit anderen Gästen toletierte. Das brachte lo das Gespräch mit sich. Außerdem mußte sie sich noch sehr intensiv und ausgiebig mit ihrer Beschäftigung, die schon einen kleinen süßen Saft und zu Rita sehr ärztlich war.

Als es dem Affessor langweilig wurde, rief er nach ihr. Wie ein Schatten kam sie an und grinste ihm aus ihren breiten, hünerlichen Augen entgegen.

„Was will mein kleiner Bursche?“ fragte sie ihn.

Er hob sein Glas, zeigte ihr einen Augenblick regungslos ins Gesicht und brüllte dann:

„Lauten!“

Sie schenkte ihm ein. Einige Gäste gröhlten mit beneideten Stimmen. Das Ultraphon spielte. Rita verlor mit einem händsarmeligen, tätowierten Arbeiter zu tanzen. Aid, eiferstichtig, wollte aufspringen, lief aber willkürlich wieder nach hinten zurück.

Inzwischen war ein neuer Gast eingetreten. Eine Dame, schlank, brünett, anmutig, sehr gut gekleidet. Sie lief sofort auf unter den meist ständigen Gästen. Mit allgemeinem, lauten Wohl begrüßt, durchliefte sie das Lokal und lächelte unauffällig in alle Ecken.

Näherlich stand sie Aid gegenüber. Er sprang emporkarte sie wie eine Erziehung an. Sie streckte ihm unbesorgten die Hand entgegen.

„Tag, Fritz! Da bin ich wieder.“

Er war lo überfallen, daß er plötzlich ernüchtert wurde. Seine Augen wurden lo groß, als ob er noch genauer zusehen müßte, ob sie es auch wirklich sei.

„Darf ich hier Platz nehmen?“ fragte sie, wobei sie sich

bereits legte. „Hier steht ja noch ein Glas! Du bist nicht allein.“

„Ach — die — das Fräulein, das hier bedient, hat lo einen Durst gehabt. Da habe ich —“

„Ah — sie hat dir Gesellschaft geleistet? Das ist sehr wirklich nett von ihr. — Das ist sie wohl?“

Rita war eben herangetreten. Sie schaute Aid fragend und herausfordernd an.

„Na, kleiner — du hast dir wohl eine neue Braut angeschafft?“

„Nein, nein — das — das ist meine Schwester!“ lachte Aid, bei dem der Affessor jetzt wieder leise: Wirkung tat, „meine gute Schwester!“

Christa ging led lo auf die Sache ein: „Na, man lagte mir, daß dein Bruder hier viel verkehrt. Es ist nett, daß Sie sich des Jungen lo freundlich annehmen.“

„Rita — Täubchen — bring noch ein Glas!“ lachte der Affessor. „Und noch eine Pfalze! Ihr befehen müßt Bräutigam trinken!“

„Nein, nein — wehrt Christa ab, es geht nicht — ich muß gleich wieder fort, ich habe Vorkaufnahme im Affessor zu tun mitkommen. Ich würde mich freuen, wenn du mich begleiten wollest.“

Aid schlug mit der Faust auf den Tisch, daß die Gläser klirzten: „Ja — Donnerwetter — das werde ich machen! Rita, keinen Wein mehr, Wörnen machen wir das.“

Die Affessorin entsetzte sich, da nach ihr gerufen wurde. Aid lagte zu Christa:

„Sie ist doch nur eine alte Zide! Aber laufen kann sie — das muß ich der Reid lassen — laufen!“

Gierrig trant er den Rest seines Glases aus. Dann erhob er sich schwankend. Christa küßte ihn. Mit Mühe brachte sie ihn hinaus. Die anderen Gäste bildeten den beiden grinsend nach auf.

Draußen rief Christa ein Auto an. Im Wagen wurde Aid eiligst, Er betam das heulende Gend.

„Du weinst ja gar nicht, wie ich dich lo geworden bin.“

„Du weinst ja gar nicht, wie ich dich lo geworden bin.“



Im allgemeinen besprochen können wir feststellen, daß sich alles würdig dem anreicht, was uns der Turn-Verein in den letzten Jahren zeigte. Und doch dieses sich auf einer ganz beachtlichen Höhe bewegt, wissen wir Remberger ganz genau und das erkannte auch der Bezirksvertreter an, als er auf die Gaufläche hinwies, die der 5. Bezirk sechsmal eringen konnte, mit einer Mannschaft, die sich zum größten Teil aus Remberger Turnern zusammensetzte. Als Anschluß brachte der "Kleine Köhlig" aus Wittenberg noch einige äußerst humorvolle Pantomimen, die die Ladomuseln in Bewegung setzten. Reicher Beifall lohnte alle Darbietungen. Schnell waren aber auch die Stunden entschunden. Die an den Wettkämpfen Beteiligten suchten ihre Quartiere auf, damit sie am anderen Morgen mit ausgeruhtem Körper an die turnerische Arbeit gehen können, einige Unwettegare haben die einen heißen Tropfen der vergangenen Zeit gedacht. (Ueber den Verlauf des Sonntag werden wir in der nächsten Nummer berichten.)

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 10. Juni 1932.

Anwesend sind 4 Magistratsmitglieder und 11 Stadtverordnete.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Stv. B. Ludley mit, daß Sen. Schäfer und Stv. Knate ihre Memit niedergelegt haben. Die Besprechung hierüber wird in die geheime Sitzung verlegt.

Genehmigung der letzten Niederschrift. Diese erfolgt nach Entlassung eines kurzen Nachtrags.

1. Entlastung der Elektrizitätswerkrechnung 1930/31. Diefelbe weist eine Einnahme von 48466,50 RM und eine Ausgabe von 43974 RM nach. Der Ueberschuß von 4482,55 RM wird auf neue Rechnung vorgetragen. Auf Antrag des Stv. Hamann soll bei jeder Rechnungslegung auch ein Bestandsnachweis vorgelegt werden. Stv. Hamann wünscht Auskunft über die Erhebung der Zählerleistung. Sen. Högskä teilt hierzu mit, daß nach einem Beschluß des Magistrats und des Ausschusses für einen Vorschlag der 15 RM und für einen Kraftzähler 30 RM eingezogen werden. Die ursprüngliche Sätze waren 30 und 60 RM. Stv. Knate betrachtet die Erhebung besonders bei Neubauten als empfindlich, aber im Interesse der Stadt könnte nicht darauf verzichtet werden; denn durch den Beitrag sind die Kosten des Zählers noch nicht gedeckt. Vor Augen mußte man sich auch halten, daß bei Gründung des Ortsteiges damals verhältnismäßig wenig Anschlußnehmer beitrugen. Sen. Högskä erklärt noch, daß die Lieberlandzentrale für Hausanschlässe und Zählerleistung usw. wesentlich höhere Sätze erhebt. Stv. Hamann erklärt sich mit dieser Auskunft zufriedengefellt, da er nur wissen wollte, ob diese Lieberland für Grund eines Beschlusses zu gleichmäßigen Sätzen erfolgt. Hierauf wird dem Rechnungsleger Entlastung erteilt.

2. Rechnungsprüfung der Sparkasse 1931. Zu Prüfern werden die Stv. Knate und Ludwig gewählt.

3. Antrag einer fahrbaren Leiter für die freiwillige Feuerwehr. Der Magistrat empfiehlt die Anschaffung einer Leiter zum Preise von 1070.— RM. Die Sozietät leistet eine Beihilfe von 600.— RM; die alten Leitern bieten nach Prüfungsebene keine absolute Sicherheit mehr. Beigeordneter Kolbe hält die alten Leitern noch nicht für so schlecht, und Stv. Gärtner bringt von dem Ankauf abzuweisen, wenn die Leiter nicht dringend erforderlich ist. Da die Anschaffung doch auch hauptsächlich im Interesse der Sozietät erfolge, könnte diese eigentlich den ganzen Betrag übernehmen. Stv. Knate befürwortet den Ankauf, denn die alten Leitern seien nicht mehr einwandfrei. Im Interesse der Feuerwehrleute, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, sei die Anschaffung dringend zu empfehlen. Der Stv. von Menschenleben sei weitentfelter als die Ausgabe von 470 RM; im übrigen solle man doch Anschaffungen machen, da dadurch Arbeitsmöglichkeiten entstehen. Beigeordneter Kolbe erklärt

hierzu, daß die alten Leitern noch tadellos seien. Stv. Hamann, der die letzte Prüfung der Gerätschaften mitgemacht hat, empfiehlt die Anschaffung und erwähnt auch die Zweckmäßigkeit eines Schlauchwagens. Stv. Gärtner vertritt seinen Standpunkt, daß Brände früher ohne fahrbare Leitern bekämpft wurden und was auch heute noch möglich sei. Die Wirtschaft kann nur angeturbelt werden, wenn wir Geld haben. Die Verammlung beschließt mit Mehrheit die Anschaffung nach dem Vorschlage des Magistrats.

4. Bewilligung eines Zuschusses für Uniformbeschaffung der freiwilligen Feuerwehr. Der Magistrat schlägt 300 RM vor; die Stadtverordneten bleiben bei dem mit Rundfrage erfolgten Beschluß auf Uebernahme von 1/3 der Kosten, die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 1400 RM, die Sozietät gewährt ebenfalls 1/3. Stv. Knate fragt an, ob die Beschaffung durch hiesige Gewerbetreibende erfolgt sei. Bürgermeister Gerber teilt mit, daß die Lieferung durch Schneidermeister Stahl, Kaufmann Wengemann und Sattlermeister Krüger erfolgt sei. Damit ist dieser Punkt erledigt.

5. Ausbau des Gerätehauses der freiwilligen Feuerwehr. Diese Arbeiten werden wegen Mangel an Mitteln bis zum nächsten Jahre zurückgestellt.

6. Beihilfe für die freiwillige Sanitätskolonne vom roten Kreuz. Der Kolonne werden 100 RM zur Beschaffung des nötigen Materials überwiesen.

7. Verpackung der städtischen Grasnutzungen sowie der Sitzstühle. Der Zuschlag wird zu den abgegebenen Geboten erteilt.

8. Umwandlung der Mauergärten in eine Anlage. Der Magistrat hat sich für die Schaffung dieser Anlage ausgesprochen, die gleichzeitig auch als Kinderspielplatz benutzt werden kann. Der Landwirtschafsausschuß hat Weiterverpackung beschlossen. Während die Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses ihren Beschluß verteidigen, vertreten andere Stv. die Ansicht, daß Remberg auch für die Verschönerung des Stadtbildes etwas tun müsse. Es sei von den Nachbarstädten übersehen worden. Im Interesse der feuerabwendenden Gewerbetreibenden sei es notwendig, Fremdenwerbung zu treiben, damit Remberg nicht ganz vom Verkehr abgeschnitten wird. Stv. Gärtner erklärt, daß wir die Mittel für eine derartige Anlage nicht übrig hätten, die Kinder könnten auf dem Schulplatz spielen; dem widerspricht Stv. Hamann mit der Feststellung, daß dann der Turn-Verein nicht in der Lage sei, die Fensterhebel zu bezahlen, die zertrümmert werden. Es müßten jetzt schon häufig Mittel dafür ausgegeben werden. Stv. Knate zeigt an den Städten Pörsch und Bären, was planmäßig Arbeit leisten kann. Die Lage von Remberg sei bedeutend schöner wie die der anderen Städte, und wenn die damaligen Vertreter weislicher gewesen, dann hätte auch Remberg heute die Einrichtungen haben können, der ledige Streit um den Direktorenposten hat es eben verhindert. Aber gerade deshalb müsse man jetzt daran denken, das Verfallene nachzuholen. Nachdem Hm. Gerber erklärt hatte, daß der Magistrat eine grundsätzliche Stellungnahme herbeigeführt haben möchte, wird die Vorlage auf Antrag des Stv. Quinque an den Magistrat zurückgegeben zur weiteren Vorbereitung.

9. Verkauf eines Grundstücks in der Gartenstraße. Der Magistrat schlägt vor, den städtischen Lagerplatz in der Gartenstraße an den Arbeiter Edward Bammer zum Preise von 75 Bfg. pro qm zu verkaufen mit der Bedingung, daß sämtliche Bauarbeiten von Remberger Handwerker ausgeführt werden. Stv. Hamann wünscht Auskunft über den Vorgang des Verkaufs. Bsg. Kolbe erklärt hierzu, daß er dem anderen Kaufinteressenten noch am Tage vor der Magistratsitzung darauf aufmerksam gemacht habe, daß der Beschluß gefaßt wird. Er solle sich entscheiden, ob er den Platz zu den Magistratsbedingungen haben wolle. Eine Entscheidung hat er dem Magistrat nicht mitgeteilt und nunmehr sei der Verkauf an Bammer erfolgt. Die Verammlung stimmt dem Verkauf zu. Gleichzeitig wird an den Kupferfiedelmessner Zeidler eine Baustelle zum

Preise von 80 Bfg. pro qm verkauft mit der Bedingung, daß das Wohnhaus innerhalb 2 Jahren gebaut wird. Angenommen.

10. Abschluß eines Erbbaupactes über ein Baugrundstück an der Anhalter Straße. Das Grundstück soll zum Preise von 60 Bfg. pro qm an Ernst Keimede abgegeben werden. Die Verammlung soll zum Reichsbankfesttag erfolgen. Die Verammlung ermächtigt den Magistrat zum Abschluß des Pactes.

11. Beschluß über Trennung des Organisationsamtes von der Schule, der von der Regierung gefordert ist. Die bisherige Beihilfe der Stadt betrug 400 Mark. Die Verammlung erklärt sich mit der Trennung einverstanden und bewilligt einen Kostenaufschuß von 25% bis zum Höchstbetrage von 200.— RM, der der heutigen Zeit angemessen ist. Die Vorkriegsentfaltung, die die Stadt zu zahlen hatte, betrug 139.— RM. Angenommen.

12. Beschluß über Annahme einer Baupolizeiordnung. Auf Vorschlag des Regierungspräsidenten sollen alle Städte unter 5000 Einwohner in die Baupolizeiordnung für das platte Land einbezogen werden. Hm. Gerber hält diese Ordnung für nachteilig und empfiehlt Ablehnung. Ferner läge die Ordnung noch gar nicht vor, sondern soll erst aufgestellt werden. Die Verammlung lehnt die Einbeziehung ab.

13. Rennstribunen: a) von Kassenprüfungen. Die ohne Einmündungen erfolgt sind, b) von einem Dankreiben des Gemeinderates für die bewilligten 2000 RM. Bisher sind über 10000 RM an Remberger Handwerker für geleistete Arbeiten gezahlt, c) von der Mitteilung, daß der Stadt aus der Kraftfahrzeugeksteuer für die Jahre 1930 und 1931 je 6711 RM überwiesen wurden, dieser belaufen nur die Kreis- und kreisfreien Städte Geld aus der Kraftfahrzeugeksteuer, d) von der Regelung der Sportplatzfrage. Dem Sportverein wird der Platz an der Bergmeyer Straße noch so lange zur Verfügung gestellt bis Niemi hergerichtet ist. Nach einer Eingabe des Sportvereins hat die Regierung ist eine Verfügung durch die Kreischörde erfolgt, diese hat entschieden, daß ein Abgeben der Räume auf dem jetzigen Sportplatz nicht zu empfehlen ist, außerdem könne sich der Platz auch dort nicht, die Beseitigung des Schuttplateaus am Kolb kommt aus sanitären Gründen nicht in Frage, auch seien die Beseitigungsmittel nicht geeignet. Der ideale Platz, wie er besser gar nicht gedacht werden kann, ist der Sportplatz in Niemi. Die Verammlung erklärt sich mit dem Vorschlag des Magistrats einverstanden, e) von einer Einladung des Turn-Vereins.

14. Stv. Quinque fragt nach dem Stande der Lage des Arbeitsamtes gegen die Stadt. Hm. Gerber erklärt, daß ein Termin bereits stattgefunden hat, die Sache aber verlagert wurde. Sen. Schäfer vertritt die Stadt bei den Verhandlungen. Hm. Gerber teilt weiter mit, daß jetzt endlich vom Arbeitsamt über 2000 RM für die geleisteten Notstandarbeiten gezahlt worden seien. Augenblicklich rufen die Arbeiten wegen der Feuernote. Die Wiederaufnahme sei auf Gader Gebiet für Montag in Aussicht genommen. — Für die zu zahlende Kriensfeuerbeihilfe hat das Arbeitsamt einen Vorbesch erhalten, weil das Arbeitsamt die Abrechnung für März erst am 28. April zur Post gegeben habe. St. Geleg hat Zahlung bis zum 16. j. Mts. zu erfolgen; da das Arbeitsamt aber die Rechnung verspätet schickte, erfolgte auch die Zahlung später, in der Zwischenzeit hat das Arbeitsamt aber den errechneten Betrag von den Steuerüberweisungen kürzen lassen.

15. Hm. Gerber teilt mit, daß der neue kom Landrat am Donnerstag eine Besichtigungsfahrt durch den Kreis macht, an die Plätze, an denen Notstandarbeiten ausgeführt werden. Auch Remberg ist in diesen Plan einbezogen. Hierauf geheime Sitzung.

Dienstag, den 14. Juni **Bibelstunde** abends 8 1/2 Uhr im Bürgeraal
Prediger Westermann-Wittenberg.
Hierzu wird herzlich eingeladen

In unser Handelsregister B ist heute unter Nr. 7 bei der Firma Vertriebsgesellschaft für Bergbauprodukte G. m. b. H. in Bergwitz folgendes eingetragen:

Dem Korrespondenten Kurt Weese ist Procura in der Weise erteilt, daß er in Gemeinschaft mit einem anderen Procuristen vertretungsberechtigt sein soll.

Direktor Ewald Droop ist als Geschäftsführer ausgeschieden. § 6 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages ist durch Beschluß der Gesellschaftsversammlung vom 21. April 1932 dahin abgeändert, daß ein Geschäftsführer allein oder zwei Procuristen gemeinschaftlich vertretungsberechtigt sind. Remberg, den 9. Juni 1932.

Amtsgericht.

Empfehle Dienstag früh eintreffend
Schellfisch
Kabliau :: :: Fischfilet
ferner stets frisch
Zerkleinerte, ger. Schellfisch
Lachsheringe, Matjesheringe
Richard Tempelhof, Tel. 256

Morgen Dienstag
von vormittag 1/10 Uhr an
ff Speckfuchen
Bäckerei Berndt
Zirkel 15 Zentner

Empfehle frisches
Rindfleisch
und **Flecke**
sowie
frische Würstchen
Pfund 60 Pfennig
Ernst Bachmann

zu verkaufen **Mittelstraße 1**
Fliegenfänger
empfehlen **Richard Arnold**
Prima frische Würstchen
zum **Ausnahmepreis**
von **60 Bfg. pro Pfd.**
verkauft solange Vorrat
Ewald Ballmann

Verpachte
Dienstag abend 7 Uhr meine
1/2 Morgen große
Brandlachenwiese
an Ort und Stelle
Albert Besigt

Sensen
Sensen
Sensenambosse
Sensenhämmer
Sensenringe
Sensendrähte
Wetzsteine
Wetzfässer
Heugabeln
Harken
empfehlen **S. G. Glaubig**

Kleinknecht
15-17 Jahre alt, der schon in Landwirtschaft tätig war, wird sofort eingestellt. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Fein. Feuerwehr
Zur Beerdigung unseres verstorbenen Kam. Franz Müller treten wir am Mittwoch nachmittag 1/3 Uhr am Friedhof an. Vollständige Beteiligung Ehrenhalber.
Der Oberbrandmeister

Gemüse kocht man schmackhaft mit
MAGGI'S Fleischbrühe
Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

Gestern Abend entschlief nach kurzem, schweren Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender Vater,
der Schlosser Franz Müller
im 50. Lebensjahre. Dies zeigt in tiefstem Schmerz an die trauernde Gattin nebst Kinder
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachm. 3 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen sagen wir für die erwiesene Teilnahme sowie allen denen, die ihm das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben, unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Pfarrer Lasson und Herrn Hauptlehrer Herrig nebst Schulkindern.
Gniest, den 10. Juni 1932.

Wwe. Wilhelmine Hille
nebst Hinterbliebenen.

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Remberg — Fernsprecher Nr. 303

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,35 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,45 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,55 M. Am Sale höherer Gewalt Betriebsänderung Streifen wird erhöht jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises



Anzeigenpreis: Die Hauptseite: Textzeile oder deren Raum 15 Pfa., die Hauptseite Reklamezeile 40 Pfa., Ausnahmestunde 50 Pfa. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unentgeltlich. Gebührene oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Belegzeit: 10—11 Uhr, das Land, auswärts Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 69

Dienstag, den 14. Juni 1932

34. Jahrg

Kanzlerrede bei den Landwirten

Die Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Berlin, 12. Juni.

In der Volleröffnung des Deutschen Landwirtschaftsrats sprach das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Regierungspräsident a. D. Dr. K u f f e r über das Thema: „60 Jahre Deutscher Landwirtschaftsrat“. Der Präsident des Landwirtschaftsrats, Dr. Brandes, behandelte Gegenwartsaufgaben deutscher Landwirtschaftspolitik. Entwicklung des Binnenmarktes sei heute das beste Wirtschaftsförderungsmittel. Durch Erzeugung von Nahrungsmit-teln könnten Einkünfte im Werte von 1,1 Milliarden erzielt werden. Durch Vermeidung der Einfuhr von im Inlande herstellbaren Industrieerzeugnissen ließen sich weitere 1,4 Milliarden machen. Dazu kämen Erparnismöglich-keiten in Höhe von 800 Millionen durch Eigenzeugung bei Genußmitteln, Faserstoffen usw. Insgesamt könnten also etwa 3,5 Milliarden erspart werden. Auch wenn durch diese Maßnahmen unsere Ausfuhr um eine Milliarde zu-rückgehen würde, würde immerhin für zwei Milliarden Markt mehr Arbeitsgelegenheit in Deutschland vorhanden sein. Sinnvoll ist die Steigerung mußte vor der Annahme ge-macht werden, als ob bei den jetzigen Rentabilitätsverhält-nissen große Mengenmassen auf dem Lande mit der erfor-derlichen Lebensmöglichkeit untergebracht werden könnten.

Reichsminister von Dönn

In einer der entscheidungsvollen Stunden der Nach-kriegsentwicklung hat der Herr Reichspräsident mich zu dem neuen Amt berufen, und ich lege Wert darauf, zu be-weisen, daß die Bildung der Regierung wenig zu tun hat mit dem gewöhnlichen üblichen Wechsel parlamentarischer Ka-binette, sondern

daß es sich hier um die Dokumentierung einer grund-sätzlich neuen Richtung der Staatsführung selbstver-ständlich im Rahmen der Reichsverfassung handelt.

Die unerbittliche geistige und materielle Lage des deut-schen Volkes verlangt eine Loslösung der Regierungsfüh-rung aus den freilich partizipatistischen Denkens und partei-politischen Doktrinen. Sie verlangt eine Zusammenfassung aller Kräfte zur Wiedergeburt Deutschlands.

Die Gesamtlage, welche die Regierung vorfindet, — das ist, ich stelle es ausdrücklich fest, nicht die Schuld der letzten Regierung, die bemüht gewesen ist, eine klare Bilanz zu ziehen — ist auf allen Gebieten fast verwerflich.

Die private Wirtschaft jeder Art, Landwirtschaft, In-dustrie, Handwerk, Handel, ist in einem Ausmaß zerstückt, dessen Zerschmetterung noch nicht entfernt erkannt ist. Die Wiederherstellung aber der wirtschaftlichen, finanziellen und nicht zuletzt der politischen Ordnung erfordert von der neuen Regierung ein sofortiges Ansetzen der grundlegenden Pro-bleme, deren Lösung allen Volksteilen zugleich, schwere persönliche Opfer, Entfaltungen und Entbehrungen aufer-legen wird.

Diese Opfer sind nicht vertretbar, und sie können psy-chologisch nicht gefordert werden, wenn es nicht gelingt, die dem deutschen Volke innerwohnende ungeheure moralische Kraft offensichtlich auf das eine große gemeinsame Ziel zu lenken. Die Wiedergeburt der inneren und äußeren Freiheit und die Lebensmöglichkeit von Volk und Land. Demgemäß muß und wird das Ziel dieser Regierung sein,

eine neue, einheitliche Willensbildung der Nation herbeizuführen. Zu diesem Ende hat die Regierung zunächst von dem Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des deut-schen Reichstages erbeten und erhalten. Sie ist der An-sicht, daß der neue Reichstag eine eindeutige Mehrheit für die Politik geistig-sittlicher Geltung, wirtschaftlicher Neu-ordnung, auf frischer, nationaler und sozialer Grundlage erbringen muß.

Eine der unerfreulichen Arten, das Ziel der neuen Regierung zu verfehlen, ist die Unterstellung, daß ihre Erfüllung unmöglich sei.

Wir sind der Ansicht, daß es verflümt worden ist, den Auf-bau eines rein staatlichen Verfassungsrechtes seinem Um-fange nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten anzupassen, die ein so verarmtes, wirtschaftlich darniederliegendes Land im Augenblick noch hat. Es ist aber auch ein grundlegen-der Irrtum, daß der omnipotente, unpersonliche Staat an die Stelle der persönlichen Verpflichtung des Arbeitgebers treten könne.

Die Verantwortlichkeiten, die aus der gottgewollten organischen Regelung der Dinge erwachsen, müssen wieder aufgerichtet, die Verbundenheit von Arbeitgeber und Arbeit-nehmer wieder hergestellt werden. Gewiß hat angehöri-chen der Größe und des Umfangs der Notlage unseres Volkes auch der Staat klare Verpflichtungen zu sozialer Hilfe, und die Regierung wird es als ihre vornehmste und ernsteste Pflicht betrachten, die dahingehenden Einrichtungen den notleidenden Volksgenossen auch über diese Krise hinweg zu erhalten. Darüber hinaus aber sieht sie den besten Weg sozialer Fürsorge in dem Bestreben, alles zu tun, um durch einen organischen Umbau der Wirtschaft die Fehler des ka-pitalistischen Systems auszumergen und den Volksgenossen Arbeit und Brot zu verschaffen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat ist die Stelle, die aus den Erfahrungen bewährter landwirtschaftlicher Führer immer erneute Impulse für eine zielbewusste Agrarpolitik gegeben hat. Wir sind einig mit ihm in der Auffassung, daß eine gesunde Landwirtschaft und die Liebe zur Scholle mit der der deutsche Bauer in eng verwachsen ist, die Vorbedingung nicht nur der materiellen Ernährung, sondern mehr noch der geistigen Erneuerung des Landes sind, weil nur aus diesem Urquell der Verbundenheit mit Gott und seiner Schöpfung die neuen Kräfte wachsen können, deren die Nation heute bedarf. Eine gesunde Landwirtschaft aber ist auch ein dringendes nationales Erfordernis.

Einmal gilt es, das letzte herzugeben, um Deutschlands heimliche Ernährungssüß zu erhalten, darüber hinaus aber verlangt die Lage in den Grenzgebieten Maßnahmen, die der Stärkung des nationalen Selbstbehauptungswillens dienen.

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Freier von Braun

betonte, daß die ganze Schwere der Verantwortung seines Amtes ihm durch das Bewußtsein erleichtert werde, daß sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts mit ihm die gleiche Einstellung der deutschen Landwirtschaft gegenüber hätten. Die Notlage in der Landwirtschaft ist allgemein. Nach der neuesten Verschuldungserhebung der Rentenbankkreditanstalt liegen mehr als 12 Millionen Morgen landwirtschaftlicher Nutzfläche zu mehr als 100 v. H. des Einheitswertes ver-schuldet. Wesentlich für die Ursachen der Verlustwirtschaft in der ganzen Landwirtschaft ist die fallende Preisreihe, das Mißverhältnis zwischen den Erzeugungskosten und den Einnahmen.

Auf den Märkten für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zeigt sich durchwegs die Verarmung unserer Bevölkerung bemerkbar. Infolge Kaufkraftverminderung hätten wir zu verzeichnen eine Bedarfsverminderung bei Weizen um min-destens 10 v. H., bei Milch um etwa 10 v. H., bei Butter um 5 v. H., bei Zucker um 13 bis 18 v. H., bei Bier um 40 v. H. und bei Branntwein sogar um 75 v. H.

Der Minister ging sodann auf das Problem der Autarkie ein und erklärte, daß selbstverständlich keine Rede davon sein könne, uns völlig von der Welt loszupflichten. Die Verhältnisse hätten sich aber gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend verschoben. Früher sei der deutsche Export, der unseren Export finanzieren mußte, gern und willig in allen Län-dern der Welt aufgenommen worden. Stattdessen fänden wir heute überall Autarkiebestrebungen, die Betonung des eigenen Binnenmarktes. Dieser Entwicklung könne sich auch Deutschland nicht entziehen.

Die Autarkie in diesem Sinne ist kein Ziel, sie ist ein Mittel für die Landwirtschaft, die diese Entwicklung die Ver-pflichtung, das Ihre zu tun, um die Ernährung des deut-schen Volkes aus ihren eigenen Leistungen zu ermöglichen, da die immer knapper werdenden Devisen in erster Linie für die Einfuhr von Rohstoffen gebraucht würden.

in beschleunigtem Tempo fortgesetzt werden. Bezüglich der Siedlung erklärte der Minister, daß er die Anhebung deut-scher Bauern im Osten aus nationalpolitischen, wirtschaft-lichen und menschlichen Gründen als eine der dringendsten Aufgaben von Reich und Staat ansehe. Voraussetzung sei aber, daß richtig gefordert werde. Er werde der Siedlung seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden

Kerrl gegen Hirrfiesler

Ein Schreiben des preussischen Landtagspräsidenten. Bei einem Presseempfang verlas der Präsident des Preussischen Landtags, Kerrl, folgendes Schreiben, das er an den geschäftsführenden preussischen Ministerpräsidenten Hirrfiesler gerichtet hat:

„Zu meinem Befremden habe ich aus der Presse ersehen, daß Sie bei der Reichsregierung Verwahrung dagegen ein-geleitet haben, daß sich der Herr Reichsminister zur Förderung einer neuen Regierungsbildung in Preußen an mich als den dafür allein zuständigen Landtagspräsidenten gewandt hat. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß nach meiner Auf-fassung Ihr Schritt weder staatsrechtlich noch verfassungs-mäßig irgendwie gerechtfertigt ist. Nach Rücktritt der preu-sischen Staatsregierung führt die Sache nur noch geschäftsfüh-rend Ihr Amt weiter bis zur Wahl der neuen Regierung durch den Landtag. Das geschäftsführende Kabinett hat, obwohl der Landtag das Ersuchen der Kabinettsmitglieder durch wiederholte Beschlüsse verweigerte, das Ersuchen ab-gelehnt mit der Begründung, daß es nur noch geschäftsfüh-rend tätig sei und alles Interesse daran habe, daß so schnell wie möglich eine neue Regierung durch den Landtag ge-wählt werde. Weiter ist der geschäftsführende Minister-präsident, wie ich ebenfalls nur aus der Presse ersehen, ab-weisend, ohne daß man feststellen hat, wo er sich zuerst aufhält. Der geschäftsführende Ministerpräsident hat es nicht für nötig gehalten, mir irgendeine Nachricht über seine Abwesenheit zugehen zu lassen, obwohl nach dem Gepflogenen und der Geschäftsordnung des Landes jedes Ur-laud eines Abgeordneten bis zu einer Woche der Präsident und darüber hinaus der Landtag zu erteilen hat.“

Ihre mir durch die Presse bekanntgewordene Auf-fassung, daß der Reichsminister sich der Vermittlung der preussischen Regierung hätte bedienen müssen, um an den Landtagspräsidenten heranzutreten, teile ich nicht. Ich würde sogar eine solche Vermittlung der heute geschäftsführenden Regierung in dieser Frage ohne weiteres aus staatsrecht-lichen Gründen abgelehnt haben. Die Frage der Neubildung der Regierung ist ein Akt der Legislative, deren einzig be-rufenen Vertreter zuerst ich bin. Ich habe daher den Reichs-kansler von dieser meiner Auffassung Mitteilung gegeben und ihn gebeten, mit mir direkt weiterzuverhandeln, da ich jede Vermittlung durch die geschäftsführende Regierung um so mehr ablehne, als gerade die Parteien, die die Mitglieder der geschäftsführenden Regierung stellen, die Befähigung der Regierungsbildung durch die erneute Befassung der Geschäftsordnungsänderung verhindert haben.

Bei dieser Gelegenheit bitte ich Sie, mir den Aufenthalt des geschäftsführenden Ministerpräsidenten mitteilen zu wollen,

da ich als der einzige legitimierte Vertreter des Dreier-ausschusses diese anzuerkennen beabsichtige.

NSDAP. fordert Aufhebung der Notverordnung

Von maßgebender nationalsozialistischer Seite wird er-klärt, daß auch die nationalsozialistische Fraktion im preu-sischen Landtag die Aufhebung der preussischen Notverordnung verlangen werde.

Da gleiche Anträge von den Deutschnationalen und den Kommunisten bereits gestellt worden sind, ist damit bereits eine Mehrheit für die Aufhebung der Notverordnung vor-handen. Zu der Frage, ob der Landtag berechtigt sei, die Notverordnung aufzuheben, hat Landtagspräsident Kerrl er-klärt, daß er der Ansicht des Landtages nicht vorgreifen wolle. Eine Klärung dieser Rechtsfrage werde wohl durch den Staatsgerichtshof nur erfolgen müssen.

Landtag am 15. Juni

Der Vizepräsident des Preussischen Landtags beschloß, den Landtag am Mittwoch, den 15. Juni, zusammenrufen zu lassen. Auf die Tagesordnung werden gelegt die Anträge auf Aufhebung der preussischen Notverordnung und der nationalsozialistische Amnestiegesetzentwurf. Ein deut-scher nationaler Antrag, die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung zu legen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und des Zen-trums abgelehnt. Der Landtag wird zunächst nur am 15. und 16. Juni tagen.

Dr. Braun in Berlin

Im Verlauf der zum Teil erteilten Aussprache in der Sitzung des Vizepräsidenten nannte Abg. Heilmann (NSDAP.) die in dem Schreiben des Landtagspräsi-denten an den Reichspräsidenten Ministerpräsidenten Hirrfiesler enthaltene Bemerkung über den Ministerpräsi-denten Braun völlig unverständlich. Ministerpräsident Braun sei in Berlin und habe einen Urlaub als Ab-geordneter weder erbeten noch angetreten.

Präsident Kerrl erwiderte, er habe allerdings in der Presse gelesen, daß Ministerpräsident Braun einen Ur-



die Hilfsaktion für den Osten